

Autor: Stratmann, Klaus/ Witsch, Kathrin
Seite: 004 bis 005

Nummer: 042
Auflage: 44.803 (gedruckt)¹ 132.740 (verkauft)¹
 147.111 (verbreitet)¹

Ressort: Thema des Tages
Mediengattung: Tageszeitung

Reichweite: 0,595 (in Mio.)²

¹ IVW 4/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

ENERGIEWENDE

600 Milliarden Euro für die Klimaziele

In Nord- und Ostsee soll ein gigantisches Stromnetz entstehen, auch an Land stehen große Investitionen an. Neue Berechnungen zeigen, dass das ein kostspieliges Vorhaben wird.

Die Offshore-Windkraft soll künftig Ländergrenzen überwinden. Die Stromnetzbetreiber 50Hertz, Amprion und Tennet haben am Montag zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium entsprechende Pläne vorgestellt.

Ziel ist es, Offshore-Windparks miteinander zu vernetzen, um den Stromtausch mit Ländern wie beispielsweise Dänemark oder den Niederlanden zu erleichtern. Zudem soll die Vernetzung auf See dazu führen, dass die dortigen Stromleitungen besser ausgelastet und effizienter genutzt werden.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte, man werde „im Schulterchluss mit unseren europäischen Nachbarn das Energiesystem transformieren“. Windenergie auf See werde im klimaneutralen Energiesystem eine entscheidende Rolle spielen.

Die Offshore-Windkraft soll sich zur tragenden Säule der Stromversorgung entwickeln. Derzeit sind im deutschen Teil von Nord- und Ostsee Windräder mit einer Leistung von acht Gigawatt (GW) installiert. Bis 2030 sollen es 30 GW sein, bis 2045 mindestens 70 GW. Auch die EU verfolgt ehrgeizige Ziele: Bis 2050 sollen in Nord- und Ostsee, im Atlantik und im Mittelmeer Windkraftanlagen mit einer Leistung von 300 GW stehen.

Bislang werden Offshore-Windparks an das Stromnetz des Landes angebunden, in dessen Gewässern sie sich befinden. Das ändert sich gerade schrittweise. 50Hertz und der dänische Stromnetzbetreiber Energinet gelten dabei als Pioniere. Die beiden Unternehmen arbeiten gemeinsam daran, einen Knotenpunkt für die Verteilung von Strom aus Offshore-Windkraftanlagen auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm zu errich-

ten. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf zwei Milliarden Euro und könnte zur Blaupause für ähnliche Vorhaben werden.

Die Unternehmen bezeichnen ihr Projekt als „Bornholm Energy Island“. Die Insel soll zum „Offshore Hub“, also zum Drehkreuz für umliegende Windparks beider Länder werden.

50Hertz und Energinet hatten bereits 2020 das erste Kabel eingeweiht, das deutsche und dänische Windparks gemeinsam einbindet. Der Bornholm Energy Hub soll noch einen Schritt weitergehen und den ersten echten Stromnetzknoten für die Ostsee realisieren. Kernstück ist eine mehr als 400 Kilometer lange Gleichstromverbindung zwischen beiden Ländern. In der geografischen Mitte der Verbindung liegt Bornholm. Dort sollen auch Konverter, Umspannwerke und ein Terminal zur Verteilung des Stroms entstehen.

Im Wirtschaftsministerium ist man davon überzeugt, dass sich durch die Vernetzung von Offshore-Windparks deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das europäische System integrieren lässt. „Für Deutschland erhöht das die Versorgungssicherheit, da zu Zeiten hoher Stromnachfrage zusätzliche Strommengen aus den Nachbarländern importiert werden können“, heißt es aus dem Ministerium. Dadurch reduziere sich der Bedarf an Strom aus fossilen Kraftwerken. Die Vernetzung von Offshore-Windparks vermeide damit Treibhausgasemissionen. An Land sind in den kommenden Jahren weitere massive Investitionen in Leitungen erforderlich, die insbesondere den Windstrom aus den Küstenregionen in die Verbrauchszentren im Süden und Westen der Republik bringen.

Auch zahlreiche andere Investitionen

sind in den nächsten Jahren nötig, um die Energiewende zu bewältigen. Die Unternehmensberatung EY hat im Auftrag des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft in ihrem aktuellen Fortschrittsmonitor Energiewende ausgerechnet, dass es bis 2030 insgesamt 600 Milliarden Euro bräuchte, um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen. Deutschland will bis Ende des Jahrzehnts auf einen Erneuerbaren-Anteil von 80 Prozent kommen.

Der mit 498 Milliarden Euro größte Anteil an diesen Investitionen verteilt sich auf den Ausbau von Wind und Solaranlagen (351 Milliarden Euro), den Stromnetzausbau (126 Milliarden Euro), den Aufbau der Erzeugungskapazitäten für klimaneutrale Gase (12 Milliarden Euro) sowie den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektroautos (neun Milliarden Euro). Die verbleibenden 104 Milliarden Euro fallen unter anderem für Investitionen in Wärmewende, Speicher, Gaskraftwerke und Biogasanlagen an.

„Die Energiewende ist ein Mammutprojekt – und vermutlich das größte Investitionsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Bislang aber kommen wir längst nicht so schnell voran, wie es möglich und nötig wäre“, sagt Metin Fidan, EY-Experte im Bereich Green Transformation.

Jährlich 55 Milliarden Euro für die Erreichung der Klimaziele

Weil zu wenig Investitionen in Erneuerbare getätigt würden, könnte die Energiewende auch nicht die bislang erhoffte volkswirtschaftliche Wirkung entfalten, so Fidan. Laut den aktuellsten Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien (AGEE) sind 2021 gerade mal 13,4 Milliarden Euro in den Ausbau von Wind und Solar investiert worden.

Damit, schreiben die Studienautoren, sei dementsprechend auch nur rund ein Viertel der möglichen Wertschöpfung (8,6 Milliarden Euro) realisiert worden. Laut den EY-Experten braucht es pro Jahr Investitionen in einer Höhe von 55 Milliarden Euro, um die Klimaziele 2030 zu erreichen.

Doch Geld fließt nicht nur in Netze und Infrastruktur, sondern auch in den Bau neuer Gaskraftwerke. Die Koalition will Anreize für den Bau von Kraftwerken setzen, die als Back-up-Lösung zum Einsatz kommen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Diese Kraftwerke sollen zunächst mit Erdgas betrieben werden, später mit klimaneu-

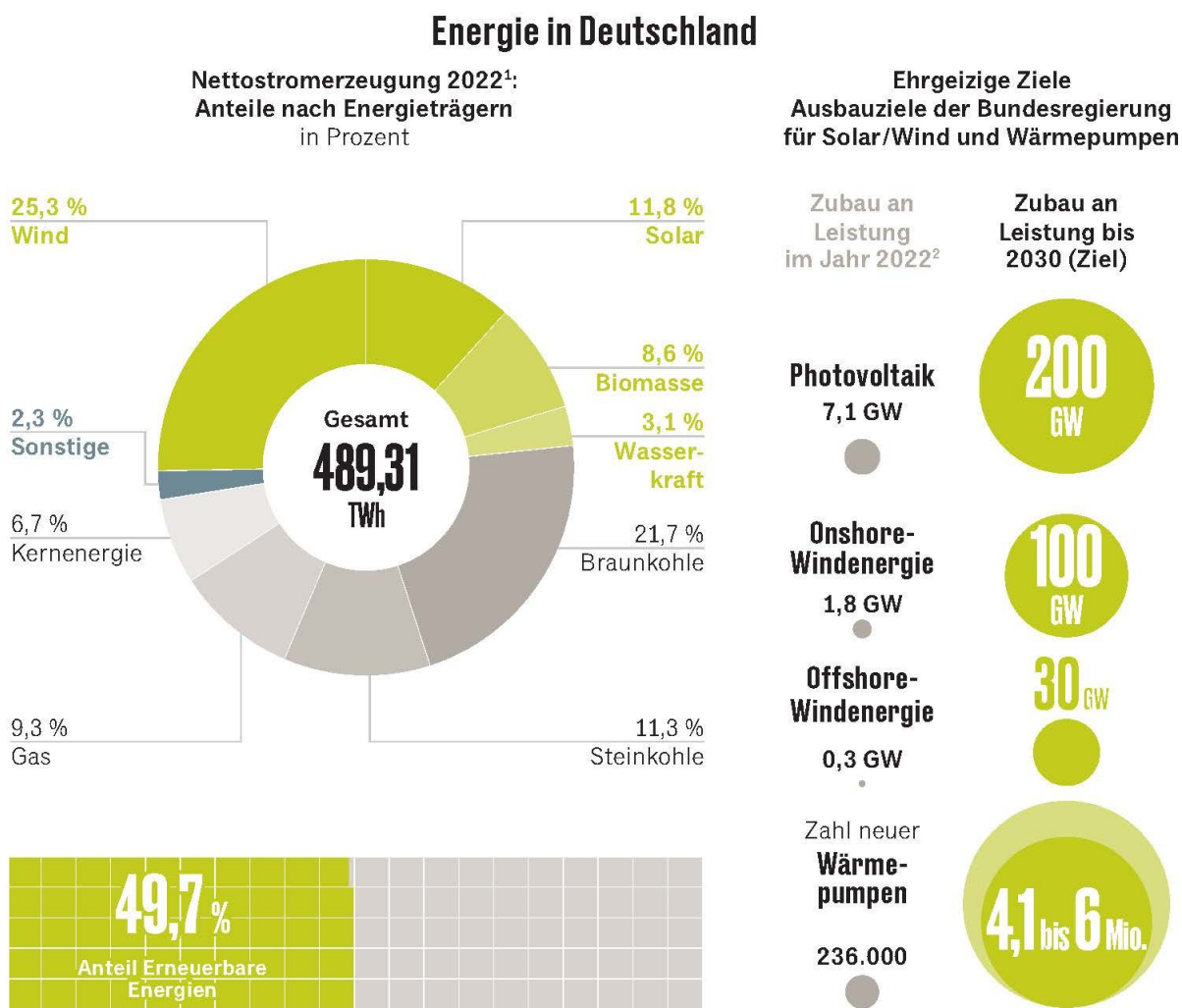
tralem Wasserstoff. Da derzeit niemand in fossile Kraftwerke investieren will, hat Minister Habeck vor wenigen Tagen den Startschuss für einen Reformprozess gegeben, an dessen Ende in einigen Monaten ein neues Strommarkt-Design stehen soll.

Ziel ist es, für die Back-up-Kapazitäten dauerhaft und planbar ökonomische Anreize zu schaffen.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Die wichtigsten Fakten 1 Durch die europaweite Vernetzung von Offshore-Windparks soll sich mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das europäi-

sche System integrieren lassen. 2 Dadurch soll die Versorgungssicherheit steigen und der Bedarf an fossilen Kraftwerken sinken. 3 Die Unternehmensberatung EY schätzt, dass bis 2030 rund 600 Milliarden Euro nötig sind, um die deutschen Klimaziele zu erreichen, pro Jahr 55 Milliarden Euro. 4 Laut Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien (AGEE) sind 2021 nur 13,4 Milliarden Euro investiert worden. 5 Ein neues Strommarkt-Design soll Firmen planbare ökonomische Anreize für Investitionen in die Energiewende bieten.



1) Öffentliche Nettostromerzeugung (ohne Eigenerzeugung von Industrie- und Gewerbe); 2) vorläufig, ohne Einspeiseleistung von Stromspeichern

Quellen: Fraunhofer ISE, Bundesnetzagentur, BMWi, Agora Energiewende, BWP

HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 042 vom 28.02.2023

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Klimawende - Nettostromerzeugung nach Energieträgern anteilig in Prozent 2022, Zubau und Ausbauziele der Bundesregierung in den Bereichen Wärmepumpen, Offshore- und Onshore-Windenergie sowie Photovoltaik 2022, 2030 (MAR / UMW / Grafik)

Wörter: 920

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2023: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG